

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 19. Mai 2021

Martin Habersaat:

Niemand hat ein Recht auf ein eingefrorenes Geschichtsbild

TOP 18: Konzept koloniale Geschichte (Drs. 19/2880)

„Der globale Norden nahm über mehrere hundert Jahre durch Vereinnahmung und Ausbeutung anderer Länder eine Vormachtstellung sein. Der Kolonialismus gründete auf einem Menschenbild, das die Weißen als überlegen betrachtete. In diesem Menschenbild liegen rassistische Narrative begründet, die auch heute noch ihre Gültigkeit haben. Und noch heute wird beispielsweise die afrikanische Landwirtschaft durch subventionierte Exporte aus Europa geschwächt.

Die Bundesrepublik hat sich nach aktuellen Medienberichten auf ein Abkommen mit Namibia geeinigt. Es sieht eine Entschuldigung und Wiedergutmachung für den Völkermord an den Herero und Nama vor. Geplant sei zudem, dass Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei einem Festakt im namibischen Parlament offiziell um Entschuldigung bitten wird.

Was für ein Fortschritt. 1955 hielt Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel noch die Festansprache zur Aufstellung eines Denkmals in Aumühle, das Paul von Lettow-Vorbeck flankiert von einem Soldaten der ostafrikanischen Hilfstruppen und einem indigenen Träger zeigt. Allerdings: Das Denkmal steht da immer noch. In Bad Segeberg vermarktet die Lettow-Vorbeck Viertel GmbH & Co.KG noch immer fröhlich den Levo-Park.

In Hamburg legte ein 2014 eingesetzter Beirat zur Dekolonisierung Hamburgs gerade ein Eckpunktepapier für ein neues Erinnerungskonzept vor. An der Universität Hamburg gibt es eine Forschungsstelle für „Hamburgs (post-) koloniales Erbe und die frühe Kolonisierung“. Dort forscht Prof. Jürgen Zimmerer, der in der Anhörung des Bildungsausschusses den Standpunkt vertrat, dass die Sanierung von Denkmälern ein bewusster Eingriff in historische Abläufe sei. Er gab den Tipp, zu hinterfragen, wer eigentlich in der Vergangenheit für welche Beschlüsse verantwortlich war. Ein Beispiel: Vor 120 Jahren stellten Hamburger Kaufleute einen gigantischen Bismarck am Hamburger Hafen auf. Diese Entscheidung trafen mithin keine Frauen, Sozialdemokraten oder Menschen mit Migrationshintergrund. Zumindest Hinterfragen solcher Entscheidungen muss erlaubt sein. Dabei geht es nicht um Bilderstürmerei oder den Abriss dieses Denkmals, dass unter -hier passt der Name- Denkmalschutz steht. Manchen mag diese Erkenntnis erschüttern: Niemand hat ein Recht auf ein eingefrorenes Geschichtsbild. Die Geschichte ehrt man, indem man sich kritisch mit ihr auseinandersetzt. Nicht nur die deutsche,

sondern auch die meisten west- und mitteleuropäischen Gesellschaften stehen noch immer am Anfang der Aufarbeitung ihrer Kolonialgeschichte. Dabei gilt: Die Gedenkkultur von früher kann nicht die Gedenkkultur von heute bleiben. Das mussten aktuell auch die Franzosen erfahren. Anlässlich des 200. Todestages von Napoleon führen sie gerade heiße Debatten darüber, ob Napoleon der große Modernisierer Frankreichs und Europas war oder ob er vielmehr in erster Linie ein Warlord war, der in den französischen Kolonien die Sklaverei nicht etwa bekämpfte, sondern wieder einführte.

Große Anfragen sind nur dann sinnvoll, wenn der Umgang mit ihnen nachhaltig ist. Wir unterstützen deshalb den Antrag des SSW, einen Runden Tisch zur Aufarbeitung unserer kolonialen Geschichte einzurichten und dabei ein landesweites Konzept zur Dekolonisierung zu erarbeiten. Die Anhörung im Bildungsausschuss war dazu ein erster Schritt. Von den Hamburger Erfahrungen werden wir sicher profitieren können, zumal Profiteure unserer kolonialen Vergangenheit auch aus Wandsbek oder Altona stammten.“